

# Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Er scheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Poln. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

**Einzige älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-spaltige mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

**Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2**  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 191      Dienstag, den 13. Dezember 1932      50. Jahrgang

## Neuraths Erfolg in Genf Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt — Erste Etappe der Revisionspolitik — Das Fünfmächteabkommen unterzeichnet

Genf. In der letzten Nachtung hat die Fünfmächtekonferenz in Genf die neue Formel über die deutsche Gleichberechtigung angenommen, die in Gestalt eines Abkommens zwischen den fünf Mächten beschlossen wurde und der die beteiligten Regierungen ihre Zustimmung gaben.

### Der Wortlaut der Vereinbarungen

Genf. Die große Schlussklärung der 5 Großmächte über die gleichzeitige Regelung der Gleichberechtigungs- und Sicherheitsfrage ist Sonntag mittag im Hotel Beaurivage von den Vertretern der 5 Mächte unterzeichnet worden. Die englische, französische und deutsche Abordnung veröffentlichten gleichzeitig den Wortlaut der nunmehr endgültig getroffenen Vereinbarungen in den drei Sprachen.

Der deutsche Text der Vereinbarungen hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des vereinigten Königreiches, Frankreich und Italien haben erklärt, daß einer der Grundzüge, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Diese Erklärung schließt in sich, daß die Abrüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird.

2. Aus der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des vereinigten Königreiches, Frankreich, Deutschland und Italien sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.

4. Die 5 Regierungen der Vereinigten Staaten, des vereinigten Königreiches, Frankreich, Deutschland und Italien erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Genf, den 11. Dezember 1932.

gez. 1. Ramsay MacDonald, Vorsitzender,  
Norman Davis, John Simon, J. P. Boncour, von Neurath,  
Molli.

### Der Wert der Genfer Einigungsformel

Genf. Zu der Vereinbarung der fünf Großmächte über die Gleichberechtigungsfrage wird von maßgebender deutscher Seite nachfolgender Standpunkt eingenommen:

Durch die neue Vereinbarung ist jetzt trotz zweifellos zu erwartender anderslautender Auslegungen der Grundgedanke der Gleichberechtigung aller Staaten auf der Abrüstungskonferenz anerkannt worden. Es bleibt der deutschen Regierung nach wie vor offen, die Konferenz wieder zu verlassen, falls in den weiteren Verhandlungen der Grundgedanke der Gleichberechtigung keine praktische, den deutschen Interessen entsprechende Anwendung findet. Die deutsche Regierung würde sich aber in einem solchen Falle in einer besseren Lage als bisher befinden, da dann eine flagrante Verletzung der gegenseitigen Vereinbarungen festgestellt werden könnte. Man ist sich natürlich auf deutscher Seite vollständig darüber im Klaren, daß die praktische Anwendung der jetzt rein grundsätzlich anerkannten deutschen Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz auf fortwährende und große Schwierigkeiten stoßen wird und daß die praktische Durchführung der deutschen Gleichberechtigung auf der Grundlage der gegenwärtigen Vereinbarungen von Deutschland gegen alle Widerstände durchgeführt werden muß. Andererseits wird auf deutscher Seite betont, daß es faktisch nicht mehr richtig erschien, außerhalb der Abrüstungskonferenz zu bleiben, da die Schwierigkeiten in diesem Falle noch weiter gewachsen wären. Die deutsche Regierung habe jetzt volle Freiheit, auf der Abrüstungskonferenz über die praktische Durchführung des Gleichberechtigungsgrundsatzes zu verhandeln.



### Ein neuer Untergeneralsekretär des Völkerbundes

Der Italiener Pilotti ist zum Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt worden und dürfte zum stellvertretenden Generalsekretär aufrücken, sobald der jetzige Inhaber dieses Postens, Avenol, die Nachfolge für Sir Eric Drummond angetreten hat. (Nach einer italienischen Karikatur).

In internationalen Kreisen wird die Vereinbarung der fünf Großmächte über die Gleichberechtigungsfrage zunächst als die theoretische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung gewertet und übereinstimmend festgestellt, daß nach der Neuregelung des künftigen Abrüstungsabkommens auch für Deutschland die allein bindende Regel bilden muß. Jedoch geht aus der Vereinbarung nicht hervor, welche praktische Anwendung dieser Grundgedanke findet, somit, in welcher Weise der deutsche Rüstungsstand endgültig geregelt wird. Bis zu dem Abschluß eines Abrüstungsabkommens bleiben die gegenwärtigen Bindungen Deutschlands bestehen. Der endgültige Rüstungsstand Deutschlands wird nunmehr von dem Zustandekommen des künftigen Abrüstungsabkommens und damit von dem Schicksal der ganzen Abrüstungskonferenz abhängig gemacht. Es versteht sich aber von selbst, daß im Falle eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz aus anderen Gründen oder infolge der unlöslichen Flottengegenstände Deutschlands seine volle Handlungsfreiheit erhält.

Alles in allem: Die jetzt gefundene Einigungsformel hat weder die Abrüstungskonferenz, noch die deutschen Forderungen auf Gleichberechtigung praktisch einen Schritt vorwärts gebracht. Die Verwirklichung der deutschen Forderungen steht auch heute, genau wie im Juli d. Js. noch bevor. Der Erfolg ist lediglich taktisch zu bewerten.

### Das „Weihnachts Geschenk“ in der Abrüstungsfrage

London erfreut.

London. Der Entschluß Deutschlands, wieder zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren, wird in London lebhaft begrüßt. Die „Sunday Times“ schreibt, das sei das „Weihnachts Geschenk“ in der Frage der Abrüstung. Die Vereinigten Staaten hätten jetzt keine Entschuldigung mehr, sich einer Revision der Kriegsschulden zu widersetzen, die von Präsident und Senat der Vereinigten Staaten mehrfach als Gegenleistung für Fortschritte in der Abrüstung angeboten worden sei.

Die Londoner Presse bezeichnet die Genfer Lösung als Erfolg MacDonalds. Ihm falle das Verdienst zu, die Formel für das Kompromiß gefunden zu haben. Gleichzeitig wird auch anerkannt, daß Neurath eine Auslegung der deutschen Gleichberechtigungsfrage gegeben habe, die MacDonald zur Unterlage für seine Arbeiten nehmen und dann in die Schlussformeln hineinarbeiten konnte.

### Generalstreik in Salamanca Blutige Zusammenstöße und Plünderungen.

Madrid. In der spanischen Universitätsstadt Salamanca ist der Generalstreik erklärt worden. Die Streikenden plünderen die Läden, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mehrere Plünderer trugen Schußverletzungen davon. Später mußten noch Infanterie und Pionierabteilungen eingesetzt werden. Zur Wiederherstellung der Ordnung sind Polizeiverstärkungen aus Madrid herangezogen worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Streik hat sich inzwischen auf die Provinz Salamanca ausgedehnt. Bisher sind 200 Ortschaften von der Streikwelle ergriffen worden. Der Autobusverkehr ist überall unterbrochen worden. Auch in Nordspanien dauert der Streik weiter an. In Gijon haben Arbeiter die Bahngleise aufgerissen und elektrische Anlagen gesprengt, wodurch der Betrieb in mehreren Gebieten stillgelegt worden ist. In Oviedo ist der Eiermarkt in Brand gesteckt. Die Kommunisten fordern zu weiteren Sabotageakten auf.

### Litwinow bei Neurath

Genf. Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow traf am Sonntag nachmittag gleich nach seinem Eintreffen aus Bern am Außenminister von Neurath einen Besuch ab. Es scheint, daß Litwinow damit gerechnet hatte, daß der Vorschlag des amerikanischen Vertreters Norman Davis auf Vertagung der Abrüstungskonferenz angenommen werden würde und deshalb nach Genf gekommen war, um dagegen zu protestieren. Litwinow soll erst unterwegs von der inzwischen zustande gekommenen Einigung erfahren haben.

### Die japanischen Flottenvorschläge für Amerika „indisutabel“

Washington. Das amerikanische Staatsdepartement betrachtet die neuen japanischen Flottenabrüstungen nicht nur als völlig unannehmbar, sondern man will sich in Washington nicht einmal auf ihre Erörterung einlassen, so daß sie dem Marineministerium überhaupt nicht zur Prüfung vorgelegt werden. Eine amtliche Stellungnahme der Vereinigten Staaten dazu wird wahrscheinlich nicht erfolgen. In amerikanischen Fachkreisen erblickt man in den Vorschlägen die tatsächliche Gleichstellung der japanischen Flotte mit den amerikanischen Seestreitkräften.

### England und Persien

London. Lansbury, der Führer der Opposition, unterstützte in einer Rede in London den Vorschlag der englischen Regierung auf Anrufung eines Schiedsgerichts im Streit um die Anglo-Persian-Oil-Konzession. Das persische Del, so sagte er, sei nicht das Leben eines einzigen Engländer wert.

### Mißglückter Bombenanschlag

Kairo. In dem Amtsgebäude des englischen Oberkonsuls in Ägypten explodierte am Sonnabendabend eine Bombe. Durch die Explosion wurde nur eine Fensterscheibe zerbrochen. Die Polizei hat einen Juden, der angeblich englischer Untertan ist und zur Zeit der Explosion in der Nähe des Amtsgebäudes war, verhaftet. Es handelt sich offenbar um einen politischen Anschlag, der politische Unruhen heraufbeschwören sollte.



### Rücktritt des finnischen Kabinetts

Dr. Sunkka, der Führer des finnischen Konzentrationskabinetts, hat die Gesamtdemission der Regierung eingereicht. Anlaß zu diesem Schritt gab die Weigerung des Staatspräsidenten Spindt, in eine Herabsetzung des Mandatszinsfußes einzustimmen.

